

**Frau Ministerin
Yvonne Gebauer
Ministerium für Schule und Bildung
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf**

Duisburg, 27.02.2018

Lernen mit besonderen Bedürfnissen an Duisburger Schulen – Seit Jahren dringender Handlungsbedarf!

Sehr geehrte Frau Ministerin Gebauer,

Duisburger Lehrkräfte und Eltern beklagen seit Jahren die maroden Schulgebäude, mangelhafte Ausstattung und fehlende Schulleitungen. Neben Grundschullehrkräften fehlen aber auch Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen.

Einer stetig wachsenden Zahl an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen stehen immer mehr nicht zu besetzende Lehrerstellen gegenüber:

| Schülerinnen und Schüler mit festgestellten Förderbedarfen in Duisburg | | | |
|---|---------|---------|---------|
| (Quelle: Mitteilungsvorlage im Schulausschuss der Stadt Duisburg, 28.03.2017, DS 13-0484/8) | | | |
| | 2014/15 | 2015/16 | 2016/17 |
| GL in Grundschulen | 402 | 433 | 458 |
| GL in Sekundarstufe | 583 | 609 | 723 |
| Förderschulen | 2233 | 2172 | 2218 |

Seit 2010 gibt es in Duisburg Schwierigkeiten, die ausgeschriebenen Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen zu besetzen. Seit letztem Jahr erfolgten an viel zu vielen Schulen gar keine Bewerbungen mehr durch vollausgebildete Lehrkräfte.

Aktuell gibt es folgende Vakanzen:

- **mindestens 33 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen fehlen** durch schulscharfe Leerläufe, Elternzeiten, Beschäftigungsverbote, langfristige Erkrankungen **an Grundschulen,**
- **mindestens 27 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen fehlen** durch schulscharfe Leerläufe, Elternzeiten, Beschäftigungsverbote, langfristige Erkrankungen **in der Sekundarstufe,**

GEW Duisburg
Wrangelstraße 13
47059 Duisburg
Fon: 0203-311323

E-Mail:
geschaefsstelle@gew-duisburg.de
www.gew-duisburg.de

EDuS
Friedrich-Wilhelm-Str. 96
47051 Duisburg
Fon: 0203-3462368
Handy: 0157-74397707

E-Mail:
info@elternschaftduisburgerschulen.de
www.elternschaftduisburgerschulen.de

VBE Duisburg
Wildstraße 1
47057 Duisburg
Fon: 0173-5472841

E-Mail:
c.wissen-brands@vbe-nrw.de
www.vbe-du.de

- **mindestens 100 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen fehlen** durch schulscharfe Leerläufe, Elternzeiten, Beschäftigungsverbote, langfristige Erkrankungen **an den Förderschulen.**

Es gab gute Traditionen in Duisburg: Eltern und Lehrkräfte befürworteten den Gemeinsamen Unterricht bzw. das Gemeinsame Lernen, ohne den Förderschulen ihre Kompetenzen abzusprechen. Die Eltern hatten echte Wahlmöglichkeiten und fanden optimale Förderorte für ihre Kinder. Die Lehrkräfte konnten die Förderung der Schülerinnen und Schüler gemäß ihren Qualifikationen durchführen – sowohl an Förderschulen als auch im Gemeinsamen Lernen. Das 9. Schulrechtsänderungsgesetz von 2013 sollte die Teilhaberechte der Betroffenen und die Wahlmöglichkeiten der Eltern stärken. Herausgekommen ist dabei aber eine Zuweisung von Lehrerstellen, die weniger Förderung für Kinder mit Lern- und Entwicklungsstörungen/Behinderungen zur Folge hatte.

Gleichzeitig können seit Jahren Stellen, z. B. bei Nachbesetzungen durch Pensionierungen oder bei Einrichtung neuer Standorte im Gemeinsamen Lernen, immer schlechter mit Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen besetzt werden. Hier bringt auch die bislang einzige „Notmaßnahme“, mit welcher Lehrkräfte aus anderen Lehrämtern berufsbegleitend gemäß „VOBASOF-Erlass“ nachqualifiziert werden, keine Trendwende in NRW. In Duisburg greift diese Maßnahme so gut wie gar nicht!

In Duisburg muss vor allem der Mangel „verwaltet“ werden: Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte werden hin- und hergeschoben. „Auf dem Papier“ erscheint alles halbwegs korrekt. Im schulischen Alltag steigt jedoch von Jahr zu Jahr die Zahl der belastenden Situationen:

- Kürzungen des Unterrichts in Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen,
- Lehrkräfte werden gleichzeitig an mehreren Schulen eingesetzt, damit „die Statistik einigermaßen stimmt“,
- viele Lehrkräfte für Sonderpädagogik, sind kaum noch fester Bestandteil eines Kollegiums; sie haben keine Zeit mehr, pädagogisch tragfähige Beziehungen zu Schülerinnen und Schülern aufzubauen; schreiben Förderpläne für Kinder, die sie kaum im Unterricht erleben,
- Ganztags-Förderschulen unterrichten nur noch mit reduzierter Stundentafel, so dass Eltern gezwungen sind ihre Arbeitszeiten zu verkürzen, um die Betreuung zu organisieren,
- es fehlen Räume für Differenzierung, individuelle Förderung und Rückzugsmöglichkeiten,
- Klassen und Lerngruppen sind zu groß für angemessene Förderung und guten Unterricht,
- Lehrerzimmer und Fachräume, werden aus Raum-Mangel zu Klassenräumen umfunktioniert,
- es fehlen Lifte, so dass Schulbegleitungen und Lehrkräfte Kinder mit motorischen Einschränkungen eigenhändig die Treppen hoch- und heruntertragen, um ihnen Teilhabe zu ermöglichen...

Die Folgen sind schon seit Jahren sichtbar und mit steigender Intensität zu erwarten:

- Lehrkräfte halten die vielfältigen Belastungen nicht mehr aus und erkranken häufig dauerhaft,
- gute Lern-Konzepte können mangels qualifizierten Personals nicht mehr umgesetzt werden oder können gar nicht erst etabliert werden,
- Schülerinnen und Schüler bleiben, aufgrund ausbleibender Förderung, mit ihren Abschlüssen weit unter ihren Möglichkeiten,
- Schülerinnen und Schüler, die mehr verwahrt als unterrichtet werden,
- körperliche Angriffe durch Schülerinnen und Schüler auf andere Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie Schulbegleitungen.

Die Maßnahmen, die die organisierten Lehrkräfte und Eltern seit Jahren fordern (siehe unten), werden gar nicht oder nicht konsequent genug verfolgt.

Vor allem konsequente Hilfsmaßnahmen in Bezug auf die sonderpädagogische Förderung werden ignoriert.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag im Juni 2017 Qualitätsstandards der Inklusion versprochen. Sie, Frau Ministerin Gebauer, stellten in ihrer sogenannten „kleinen Regierungserklärung“ Anfang Oktober 2017 ein „qualitativ hohes Niveau“ der schulischen Inklusion in Aussicht.

Seitdem gibt es seitens des Ministeriums lediglich die Ankündigung, das „Stellenbudget“ für Lern- und Entwicklungsstörungen in „Stellenkontingent“ umzutaufen – ohne Durchführungsbestimmungen oder irgendwelche inhaltlichen Linien zu benennen.

Auch die Überlegungen zu „Schwerpunktschulen“ und zur „Bündelung“ bleiben wenig konkret und lassen sich kaum mit den Gegebenheiten der Grundschule (Stichwort: „Kurze Beine, kurze Wege“) und schon gar nicht mit der Personalnot in Einklang bringen.

Das ist Ankündigungspolitik, die die besonderen Notlagen im Gemeinsamen Lernen und an Förderschulen in Duisburg zu ignorieren scheint.

Die Zeit für Abwarten war aber leider auch schon vor einem Jahr lange abgelaufen, wie Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte täglich durchleben.

Es ist eine positive Nachricht, dass den Duisburger Grundschulen fast 40 Sozialpädagogik-Stellen zugewiesen werden sollen. Wenn alle besetzt werden können, werden einige Herausforderungen in der Schuleingangsphase gemeistert. Eine Hilfsmaßnahme für die „Löcher“ im Gemeinsamen Lernen der Grundschulen sind diese aber nicht und schon gar nicht in der Sekundarstufe oder an den Förderschulen.

Es ist bereits „5 nach 12“!

Auch wenn die Ursachen für die verfehlte Inklusionspolitik nicht in der Regierungsverantwortung der aktuellen Landesregierung zu suchen sind, besteht großer Handlungsbedarf und die Notwendigkeit kreativen Gestaltens, um die pädagogische Notsituation an Duisburger Schulen zu meistern.

Daher fordern wir von Ihnen die zügige Umsetzung folgender Maßnahmen für die Duisburger Schulen:

- zentral gesteuerte landesweite Einstellungs-/Zuweisungsverfahren unter Berücksichtigung eines stadt-/kreisbezogenen Sozialindexes und Aussetzung des schulscharfen Einstellungsverfahrens,
- Gewährung von Zulagen für Lehrkräfte an Duisburger Schulen,
- Verlängerung des „VOBASOF-Erlasses“, bei gleichzeitiger Erhöhung der Entlastungsstunden für Auszubildende und ausbildende Lehrkräfte,
- mehr Studienplätze für Sonderpädagogik und insbesondere eine Einrichtung des Studiengangs an der Universität Duisburg-Essen,
- Ausbau und Entfristung der Stellen für Schulsozialarbeit,
- mehr Teamzeiten und Entlastungen für Fortbildungen für alle Lehrkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in multiprofessionellen Teams im Gemeinsamen Lernen und an Förderschulen,
- Ausschüttung der finanziellen Mittel, die das Land durch die unbesetzten Plan- und Vertretungsstellen seit Jahren in großer Höhe einspart, bspw. für zusätzliche Projektstellen.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Müller
Vorsitzender
GEW Duisburg



Dr. Christina Herold
1. Vorsitzende
EDuS



Michael Fuchs
Vorsitzender
VBE DU